neos

+ SPÖ

Bezirksvorstehung
für den 6. Bezirk
17. SEP. 2020
Zahl: 831935-2020-1

DIE GRÜNEN
MARIAHILF

Mariahilf als Sicherer Hafen

+ Aufnahme von Kindern aus Flüchtlingslagern in der Europ. Union

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf und NEOS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 17.09.2020 gemäß §19/5 GO BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf unterstützt die vom Wiener Gemeinderat am 30.6.2020 bzw. die im Wiener Landtag am 31.8.2020 beschlossenen Initiativen betreffend „Aufnahme von 100 schutzbedürftigen Kindern aus dem Lager Moria“ bzw. „Appell an die Bundesregierung sich am EU-Programm für die Aufnahme von schutzbedürftigen Kindern zu beteiligen“.
Ergänzend dazu spricht sich die Bezirksvertretung Mariahilf für die im Folgenden genannten Punkte der Initiative „Sichere Häfen“ und „Seebrücke“ aus.

Öffentliche Solidaritätserklärung

1. Solidarität mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der Seebrücke. Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung.
2. Für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik und für eine europäische, gemeinschaftliche Flüchtlingspolitik, damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
3. Positionierung gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer und Unterstützung, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung an einer Rettungsmission.
4. Aktives Einsetzen für staatliche und europäische Seenotrettungsmissionen.

Aufnahme von Menschen auf der Flucht

5. Aktives Einsetzen für die Einrichtung von Programmen zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht (etwa im Rahmen eines Resettlement-Programms).
6. Bereitschaft und Prüfung, Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen in Mariahilf zur Verfügung zu stellen.
7. Aktives Einsetzen gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen, mit denen die Kommunen die Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen und Menschen auf der Flucht tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten

8. Für ein langfristiges Ankommen. Um ein gutes und sicheres Leben für alle geflüchtete Menschen – unabhängig vom Fluchtweg – in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
9. Eintritt für Bleibeperspektiven und gegen Abschiebungen. Mariahilf ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarischer Bezirk für alle Menschen.

Vernetzung

10. Einsetzen für die Umsetzung der oben genannten Punkte auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Dafür vernetzt sich Mariahilf mit anderen Städten Sichere Häfen setzen sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

Transparenz

11. Alle unternommenen Handlungen sollen veröffentlicht werden.

Begründung

Das Bündnis SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht vor Krieg und Elend einen Ort zum Ankommen finden – einen Sicheren Hafen. Dort, wo die Bundes- und Europapolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird und Menschen im Mittelmeer nicht vor dem Ertrinken retten, muss die Kommunalpolitik tätig werden. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmen einsetzen.

Der Sichere Hafen ist ein Prozess, den bereits 138 Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland begonnen haben. Jetzt sind die Bezirke, Gemeinden und Städte in Österreich gefragt. Auch diese können in dem Prozess über die Zeit immer mehr Aspekte eines Sicheren Hafens erfüllen.

Ergänzend dazu ergibt sich die Notwendigkeit dieser Resolution aus der aktuellen Situation in Moria. Die Zustände für Kinder, nach dem verheerenden Brand des Flüchtlingslagers, sind erschreckend. Es geht um Kinderleben und es gibt aus humanitärer Sicht die politische Verpflichtung Leben zu retten! Es ist das Gebot der Stunde, dass Österreich umgehend Kinder aus dem zerstörten Flüchtlingslager aufnimmt.

Noch immer gibt es wenig Verständnis in Österreich für geflüchtete Menschen. Vor allem gesellschaftlich führt die Vorverurteilung von Menschen mit Migrationshintergrund zu Spaltungen: Das gegenseitige Zuhören und Verstehen der Lebensrealitäten rückt in den Hintergrund. Auch Mariahilf kann einen kleinen aber wichtigen Beitrag für ein gutes Miteinander aller leisten. In diesem Fall, sogar eine weitere Initiative aktiv setzen.

Anhang

https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/europa/1015824-Sichere-Haefen-fuer-Seenotrettung-gefordert.html
https://seebruecke.org/
https://augustin.or.at/ein-sicherer-hafen/
https://orf.at/stories/3129985/
https://www.unhcr.org/dach/at/services/faq/faq-seenotrettung